

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung

Alle Anzeigen sind zu belegen. Die Anzeigenpreise sind in der Anzeigenliste zu ersehen.

Verleger: Dr. Robert Müller in Berlin.  
Redaktion: Dr. Robert Müller in Berlin.

## Die deutsche Antwort an General Nudant.

Vorschlag zur Bildung einer internationalen Kommission.

Berlin, 4. Oktober. (W. T. B.)

In der Frage der Räumung des Baltikums ist General Nudant folgende Note für die Entente übergeben worden:

In Erwiderung der Note vom 28. September legt die deutsche Regierung den größten Wert auf die Befriedigung, daß sie bauernd auf das energischste bemüht ist, die Truppen aus dem Baltikum und aus Litauen herauszuführen; sie hat zu diesem Zwecke unter anderem am 25. September dieses Jahres angeordnet, daß den Truppen, die dem Amarschbefehl keine Folge leisten, die Wahrung, sowie alle sonstigen Versorgungsansprüche gesperrt werden. Um fernestmöglichen Zugang zu verhindern, wurde die deutsche Grenze gegen Kurland geschlossen und Befehl gegeben, auf Truppen, die trotzdem diese Linie zu überschreiten versuchen, zu schießen, auch ist jeder Nachschub an Munition strengstens untersagt. General Graf von der Goltz ist von seinem Posten abberufen worden. In seiner Stelle übernimmt bis zur völligen Durchführung des Rücktransports Generalleutnant v. Oberhardt den Oberbefehl über sämtliche noch östlich der Reichsgrenze befindlichen Truppen. Schließlich hat die deutsche Regierung an die Truppen einen Aufschub erwirkt, der sie zur Wärfahrt zurückzuführen und ihnen einrückend vorstellt, welche unbeschreiblichen Gefahren und Leiden sie auf ihre Volksgenossen heraufbeschwören, wenn sie in ihrem Ingehorf anbleiben. Alle diese Maßnahmen sollen die deutsche Regierung auch in dem Mittel der alliierten und assoziierten Regierungen vor dem unbeschäftigten Vorwurf schießen, daß sie die Widerstandsfähigkeit der deutschen Truppen als Vorwand benutze, um ihre Verpflichtung zur Räumung der ehemals russischen Gebiete unerfüllt zu lassen. Die alliierten und assoziierten Regierungen haben hienachgehenden Willkür in die durch den Friedensvertrag bedingte Lage zu versetzen, um zugeben zu müssen, daß der deutschen Regierung weitere militärische Zwangsmaßnahmen nicht zu Gebote stehen. Was den Eintritt deutscher Truppen in russische Formationen betrifft, so steht die deutsche Regierung diesem Vorgang durchaus ablehnend gegenüber; sie hat ihre Auffassung den Beteiligten auch wiederholt und unabweisbar zum Ausdruck gebracht. Jedem eine Ermächtigung zu einem solchen Übertritt hat sie niemals gegeben. Die deutsche Regierung hat den freien Willen, alles zu tun, was in ihren Kräften liegt, um einen Nahrungspflicht nachzukommen. Sie muß auf das schärfste Vermahnen dagegen einlegen, daß in der Note des Marschalls v. d. Zwangsangelegenheit angeordnet werden, die beizutreten, Deutschland durch eine Erneuerung der Schlöcke die Lebensmittellieferung abzuschnüren. Die alliierten und assoziierten Regierungen dürften nicht vergessen haben, daß gerade die Hungerblöcke nicht nur den Tod hunderttausender Frauen, Kinder und Kranken bedingt, sondern auch durch Schwächung der Arbeitsfähigkeit infolge chronischer Unterernährung nicht zum geringsten Teile die Vorkriegsverhältnisse wiederherzustellen hilft, unter denen Deutschland zurzeit so schwer leidet. Die deutsche Regierung gibt vielmehr der gütlichst zu erwartenden Ausdruck, daß die alliierten und assoziierten Regierungen ihren guten Willen anerkennen und dementsprechend von den unannehmlichen Kriegsmassnahmen gegen die deutsche Zivilbevölkerung, die doch keinesfalls ein Mittel sind an dem Verhalten der Truppen im Osten tritt, Abstand nehmen werde. Um aber auch den alliierten und assoziierten Regierungen die Möglich-

keit zu geben, sich von dem nachdrücklichen Ernst ihres Vorgehens zu überzeugen, ersucht die deutsche Regierung dieselben, mit ihr in die Beratung der notwendigen Maßnahmen einzutreten. Zu diesem Zwecke schlägt sie die schnelle Bildung einer aus deutschen Vertretern emeritis und alliierten und assoziierten Vertretern andererorts gebildeten Kommission vor. Nach Ansicht der deutschen Regierung wäre deren Aufgabe, nach Prüfung der Sachlage die Maßnahmen zur künftigen Durchführung zu treffen, zu überlegen und vorzuschlagen. Die deutsche Regierung bittet, ihre eine baldige beschließende Mitteilung gütigsten zu lassen.

### Zwei neue Befehle Nostes an die Truppen im Baltikum.

Sofortiger Rückmarsch. - Verbot des Uebertritts in die russische Armee.

Berlin, 4. Oktober. (W. T. B.)

Der Reichswehrminister hat folgende Befehle erlassen:

An das Kommandeurkommando Nord!

Im Hinblick auf die beschleunigten Forderungen der Entente muß jede Rückstufung auf einen erneuten Einbruch der Agitatoren in Litauen hinter der beschleunigten Räumung des Baltikums zurücktreten. Alle Angehörigen des sechsten Reservekorps sind zu befehlen, daß es ihre Pflicht ist, durch Gehorham gegen die Befehle der Reichsregierung die Heimat vor den von der Entente bereits eingeleiteten folgenschweren Maßnahmen zu bewahren.

Es wird daher in Erwiderung des Befehls vom 30. 9. angeordnet:

1. Die Truppen des 6. Reservekorps sind unverzüglich mit Bahn- und Fuhrmarsch bis in die Gegend Schanzen zurückzuführen. Die Bahn ist hierbei in erster Linie für den Transport von Material zu benutzen. Von Schanzen aus ist die geschlossene Transportbewegung der gesamten Truppen nach Deutschland einzuleiten, Munition und Kriegsgüter, das ohne den Abmarsch der Truppen zu verzögern, nicht abzugeben, sondern zu vernichten, soweit die Gefahr vorliegt, daß es den Vorgesetzten zugeht kommt. Hierbei und bei dem Rückmarsch der Truppen sind alle Verstörungen oder Beschädigungen von Telegraphenleitungen, Eisenbahnen, Brücken und sonstigen öffentlichen oder privaten Eigentum unbedingt zu vermeiden. Inwieweit nicht dringende Kläufälle auf eine etwaige Gefährdung der Leitung zu erwarten sind.

2. General Graf v. d. Goltz hat die zu 1. notwendigen Befehle zu erlassen und die Bewegung von der Lebergebe der Befehle an Generalleutnant Oberhardt einzuleiten.

3. Alle Dienstangehörigen, die dem Amarschbefehl nicht Folge leisten, sind keine Gebührenten mehr zu zahlen.

II. A. d. R. Nord/Südost. Sämtlichen unterstellten Truppen, insbesondere denen im Baltikum, telegraphisch befehlen Uebertritt in russische Dienste ist verboten. Bisher übergetretene Deutsche sind durch Vermittlung russischer Kommandanten zur Rückkehr in deutsche Formationen aufzufordern. Rückkehrer sind wegen vorherigen Uebertritts zu den Russen nicht nachträglich zur Wehrschaffung zu ziehen. Uebertritt von heute ab strafbar, Nichtrückkehr bringt Verlust aller deutschen Ansprüche mit sich.

## Der englische Eisenbahnerstreik.

Der Misserfolg der Streikenden.

J. S. Alle Redaktionen deuten darauf hin, daß der große Ausbruch der englischen Eisenbahner, der vor acht Tagen mit ungewöhnlicher Heftigkeit ausbrach, seinem Ende entgegengeht. Die Nachrichten widersprechen sich im einzelnen. Die einen stellen eine Verhängung in nahe Aussicht nach den andern ist noch mit keiner Wiederaufnahme der Verhandlungen zu rechnen. Dennoch ist an der Niederlage der Streikenden kaum mehr zu zweifeln. Der Ausbruch ist, da die englischen Eisenbahner sich noch lange hat noch sämtlich unter Staatskontrolle befinden, kein Streit zwischen Kapitalgebern und Kapitalisten, sondern zwischen dem Personal eines öffentlichen Betriebes und der Regierung gewesen. Die Regierung hat es verstanden, ihn schon vom ersten Tage mit außerordentlicher Energie um einen starken Teil seiner Wirkung zu bringen, ein sehr rasches Abflauen der Streikbewegung zu bewirken, das Nebereignis auf die Verbündeten der Eisenbahner, die Transportarbeiter und Bergleute, zu verhindern und so die Gefahr eines solchen Streiks zu beseitigen, wie sie aufgetreten ist. Das Ergebnis ist ein neuer Erfolg für Lloyd George, nicht nur ein wirtschaftlicher, sondern ein wichtiger politischer Erfolg. Der Premierminister, dessen Populartät sich geltend macht und den die letzten Nachrichten sehr traurigen Stoff zum Zusammenfallen seiner Regierungskoalition gegeben hatten, kann einen solchen Erfolg gebrauchen. Er wird ihn bei den allgemeinen Neuwahlen, die über kurz oder lang doch nötig werden, auszunutzen wissen, und die Arbeiterpartei, die neuerdings so viel Grund hatte, in glänzender Stimmung zu sein, hat den Schaden davon.

Wie ist das geschehen? Einfach dadurch, daß der Eisenbahnerverband sehr unüberlegt und ohne Not in unglücklichen Augenblick zu dem äußersten Mittel gezwungen hat. Es handelte sich lediglich um die Regelung einer Lohnsteigerung, die erst von Anfang ab in Geltung zu sein sollte, so daß noch reichlich Zeit zu Verhandlungsversuchen auf verschiedenen Grundlagen gewesen wäre. Selbst ganz linksliberale und arbeitervereindliche Blätter, wie "Daily News", kritisierten die Arbeiter, die blind in den Streik hineingestürzt seien, vom ersten Tage an aufs schärfste. Natürlich war aus der wirtschaftlichen Angelegenheit bei der ungeheuren Einwirkung der Verkehrsstörung auf das Leben der ganzen Nation sofort eine politische geworden; aber eben dies konnte, da die Streikenden keine rechten Argumente geltend machen konnten, die ihnen die Sympathien des Publikums zu sichern vermag, der Reaktion nur von Nutzen sein. Es ist natürlich nicht wahr, wie Lloyd George, der unüberlegte Streik, vom ersten Tage an verurteilt, daß der von einem so gemäßigten Führer wie J. H. Thomas verkündete Streik eine "anarchistische Verschwörung" sei. Man kann vielmehr nur auf dem Wege allgemein-philosophischer Betrachtung dazu kommen, den ganzen Vorgang die Bedeutung einer Episode in dem internationalen Kampf des Imperialismus beizulegen. Auf dem Schachbilde selbst war alles Politische ursprünglich völlig ausgeschlossen. Es war nicht einmal, wie in dem früheren Streit zwischen Regierung und Bergleuten, vom Nationalisierungsproblem die Rede. Man streift ausschließlich um eine Lohnfrage, das heißt, um die Befriedigung eines der Lebensbedürfnisse der Arbeiter. Es ist aber der letzte von der Regierung vorgelegene Lohnsatz nicht mehr zum Gegenstand der Verhandlung gemacht werden dürfte, die große Erweiterung der Arbeiterkraft, aus der die Kampflage entsprang, hervorgerufen hat.

Von ungerechten Ansprüchen der Arbeiter in der Lohnfrage selbst kann überhaupt die Rede sein. Jedermann weiß, daß die Löhne der englischen Eisenbahner vor dem Streik sehr gering waren, die Löhne der Bergleute sehr gering waren. Sie überließen bei der etwa hunderttausend Mann umfassenden niedrigsten Lohnklasse nicht ungenügend Schilling die Woche. Während des Streikes war ein mit den Lebensmittelpreisen steigender und fallender Leerverkaufslage vereinbart worden, der vor etwa einem Jahre die Höhe von 35 Schilling erreicht hatte. Selbst verhandelt man darüber, dieses System durch händige Handarbeit zu beheben, sehr gering waren von beiden Seiten eine höchst komplizierte Mathematik in Anwendung gebracht, die aber im ganzen darauf hinauslief, daß der Eisenbahnerverband einen Normallohn von etwa sechzig Schilling für die Dauer als notwendig erklärte, während die Regierung ein se nach der Höhe der Lebensmittelpreise schwanzendes Lohnniveau vorschlug, bei dem einige Arbeiterkategorien nicht über 40 Schilling hinauskamen. Das bedeutete für diese gegenüber ihrem jetzigen Stand eine Verschlechterung, und gegen diese wehrten sie sich mit Händen und Füßen, und sie wollten nicht mehr warten, obwohl noch drei Monate Zeit gewesen wäre. Das, und nicht der Kampf um die Macht im Staate, ist der Grund zum Streik.

Aber ein Eisenbahnerstreik ist in dem Augenblick, in dem er ausbricht, zumal in einem Lande wie England und besonders unter den heutigen Verhältnissen, eine ganz andere Sache als ein Streit in einer Fabrik oder Schmelzfabrik. Mit einem Schläge löst Handel und Industrie, die Kohlentransporte werden unterbrochen, die Post hand still, die Schifffahrt war gefährdet, der ganze Wirtschaftskörper gleich einem Organismus von plötzlicher Kraft, dem plötzlich ein lähmendes Gift in die Adern gepulst wurde. Und zudem bedrohte noch die Unterbindung der Nachrichtenmittel den Verkehr. Die Arbeiterkategorie dieses Organismus aufs äußerste. Datten die Arbeiter darauf behauptet, daß dieser Punkt Lloyd George und Sir Eric Geddes, den neuen Transportminister zum sofortigen Rückgeben verurteilen würde? Dann hätte sie eben eine schwere Enttäuschung erlebt. Die Regierung rechnete offenbar damit, daß gerade diese ungeheure Schädigung

## Die Aussichten für die Ratifikation des Friedensvertrages in Washington.

Amerikan, 4. Oktober. (W. T. B.)

Sent. Senatskommissionen haben erklärt, dass das Ergebnis der Abstimmung über den Änderungsantrag des Senats Fall sei ein Signal für die Ratifikation, die auf eine Ratifikation des Friedensvertrages, ohne seine fälschlichen Gehalte" hinabzelen. Die Abstimmung beweist, daß der Senat entschlossen ist, den Friedensvertrag nicht an die weitere Friedenskonferenz zurückzugeben. Senator Lodge erklärte, die Abstimmung beweise fclgend, daß der Vertrag durch Vorbehalte radikal abgeändert werden müße, da er sonst mit weit mehr als den dafür benötigten 33 Stimmen abgelehnt würde. Dies steht fest, denn man habe nie erwartet, daß der Änderungsantrag soll, bei der fclgweise oder Antirüge sei, von fünf Senatoren unterfchrieben würde. Der Senat fclgweise. Bei der Abstimmung über den Änderungsantrag hat sich fclg eigentümlich die Frage gehandelt, ob der Friedensvertrag an die Friedenskonferenz zurückzugeben werden sollte. Von den 88 anwesenden Senatoren haben 58 gegen die Rückverweisung und 30 dafür gestimmt.

Der Senat des Deutschen Reichs erhält ein Schreiben von dem amerikanischen Kommandanten, worin verifiziert wird, daß die Vorgänge in Trau ohne Wissen der italienischen Regierung in Szene gesetzt worden sind.

Aus Washington wird gemeldet: Das Kongressmitglied Einhorn hat im Kongress den Antrag gestellt, daß die Vereinigten Staaten sich nicht weiter in die Finme-Anglegenheit einmischen sollen.

## Verdämmerung im Befinden Wilsons.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Washington, 4. Oktober.

Aus Washington wird gemeldet: Wilsons Zustand hat sich verschlechtert. Gestern fand eine neue Konsultation statt, an der sich diesmal vier Mergte beteiligten. Wilsons erster Arzt, Grayson, hat einen Bericht herausgegeben, in dem gesagt wird, daß der Zustand des Präsidenten keine Umwandlung ist, daß aber der Präsident sehr krank und kein Zustand im allgemeinen etwas weniger günstig sei, als am Tage vorher.

"Telegraph" meldet aus New-York vom 2., daß das Befinden Wilsons, einer Mitteilung seines Arztes zufolge, keineswegs günstig war. Zwei bekannte Nervenärzte sind aus Philadelphia herangerufen worden.

## Der nationalistische Aufbruch in Kleinasien.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

Die "Ara Regionale" meldet, daß große massenbedeutende Aufrührer in Gaziantep begannen freies Spiel zu tragen. Der Widerstand der türkischen Bevölkerung Kleinasiens gegen die europäische Invasion wie gegen den von England gestützten arabischen Imperialismus wurde nachgelassen. Gestern seien die Truppen Kemal Paschas in Antiochia eingezogen, wo sie die Regierungsbekämpfer vertrieben. Die nationale Erhebung habe sich bereits eines großen Teiles von Anatolien bemächtigt.

## Amerikanische Kriegsschiffe im Hafen von Spalato.

Belgrad, 4. Oktober. (T. L.)

Die "Agence Central" meldet aus Spalato: Im Hafen sind zwei amerikanische Kriegsschiffe eingetroffen. In der Stadt herrscht Aufregung, da ein Angriff des italienischen Militärs erwartet wird. Andererseits wird die Anwesenheit der amerikanischen Kriegsschiffe als ein Zeichen einer bevorstehenden Intervention in der Finme-Frage oder als Mahnung zur eventuellen Verhängung der Wende über Italien gedeutet.